



N I E D E R S C H R I F T

**14. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024**

Sitzungstermin: Dienstag, 27.04.2021
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:01 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum Goldene 33, Markt 33, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Peter Gruschka

Mitglieder-

Herr Manuel Hurtig

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

Herr Andreas Krüger

Herr Klaus-Werner Lehmann

Herr Gerhard Maetz

Herr Jochen Neumann

Herr Erik Scheidler

Frau Nadine Walbrach

Herr Michael Wessel

Sachkundige Einwohner-

Herr Ralf Eyssen

Herr Tankred Flach

Herr Jan Gabelmann

Herr Ronny Springer

Frau Ina-Christin Wilke

Verwaltung-

Frau Christiane Kaiser

Herr Ingo Reinelt

Schriftführerin-

Frau Sonja Dirauf

Vertreter für Herrn Nerlich

bis 19:56 Uhr

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Sachkundige Einwohner-

Frau Corinna Herold

Herr Ralf Lindner

Frau Kerstin Reiter
Herr Rayk Riese

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2021
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Entgeltfreiheit und Ausdehnung des Stadtverkehrs als konkreter Beitrag zum Klimaschutz - Fraktion DIE LINKE/BV - und Stellungnahme der Bürgermeisterin zum Antrag A-7040/2021
 - 5.2. Tempo 30 auf der Käthe-Kollwitz-Straße – Fahrradverkehr sicherer gestalten! - Fraktion LÖS A-7041/2021
 - 5.3. 1. Änderungssatzung zur Kanalanschlussbeitragsatzung vom 17.10.2007 B-7206/2021
 - 5.4. Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 46/2019 "Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Frankenfelde Nr. 4 Holz-Hollander" B-7190/2021
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern
7. Informationen der Verwaltung
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

9. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2021
10. Feststellung der Tagesordnung
11. Beschlussvorlage
 - 11.1. Digitalpakt Schulzentrum Friedrich - Ludwig -Jahn - Vergabe 2. BA Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen B-7218/2021

12. Anfragen von Ausschussmitgliedern
13. Informationen der Verwaltung
14. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Gruschka eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind 11 Mitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2021

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 5. Beschlussvorlagen

TOP 5.1. Entgeltfreiheit und Ausdehnung des Stadtverkehrs als konkreter Beitrag zum Klimaschutz - Fraktion DIE LINKE/BV - und Stellungnahme der Bürgermeisterin zum Antrag A-7040/2021

Herr Scheidler legt einen neuen Antragsbeschlusstext vor:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen ob und ab wann eine innerstädtische Busverbindung an Samstagen und Sonntagen eingerichtet werden kann. Dabei sind die Ortsteile Kolzenburg und Frankenfelde in die Streckenplanung mit einzubeziehen.
2. Die Mitfahrt auf einer solchen Linie soll entgeltfrei ermöglicht werden. Hierzu wird die Stadtverwaltung eine Kalkulation für den Haushalt zur Kostenabschätzung erstellen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung wird abschließend über die Einrichtung und die anteilige Kostendeckung nach Vorlage der Prüfergebnisse der Verwaltung entscheiden.

Die Anpassungen haben sich durch die Diskussion im gestrigen Ausschuss für Gesundheit, Soziales und öffentliche Ordnung ergeben. Die Haltepunkte am Wochenende könnten verringert werden, sollten aber die Sehenswürdigkeiten der Stadt beinhalten, um die Gäste der Stadt dorthin zu befördern.

Herr Jurtzik unterstützt die Ausweitung auf das Wochenende, sieht aber keinen Grund für die Kostenbefreiung. Dies würde Jahr für Jahr Kosten verursachen und auf andere Vorhaben müsste verzichtet werden. Der Tourismus der Region scheitere nicht an den hohen Buspreisen.

Herr Scheidler erklärt, dass nach der Prüfung über die Kostenfreiheit diskutiert werden soll. Ziel sei es, dass die Touristen klimaneutral nach Luckenwalde kommen und dann zahlreiche Angebote vorfinden, die mit Bus zu erreichen sind.

Frau Walbrach spricht sich für die Ausweitung auf das Wochenende aus, lehnt die Kostenfreiheit aber ab.

Herr Jurtzik weist darauf hin, dass ein zusätzlicher Bus nicht klimaneutral sei.

Frau Dr. Jürgen ist ebenfalls für eine Ausweitung am Wochenende, wenn sich die Stadt an den Kosten beteiligt. Sie verweist auf die gesenkte Kreisumlage und kritisiert, dass die Kreistagsmitglieder einen Antrag der Grünen nicht unterstützt hatten als man über den Nahverkehrsplan debattierte.

Herr Gruschka weist darauf hin, dass die ÖPNV-Finanzierung geregelt ist.

Frau Walbrach hätte den geänderten Antrag gerne schriftlich vorliegen, bevor sie darüber abstimmt und spricht sich dafür aus, einzeln über die drei Punkte abzustimmen.

Herr Scheidler sagt zu, den geänderten Antrag fristgerecht zur Stadtverordnetenversammlung schriftlich einzureichen.

behandelt

TOP 5.2. **Tempo 30 auf der Käthe-Kollwitz-Straße –** **A-7041/2021**
Fahrradverkehr sicherer gestalten! - Fraktion LÖS

Frau Dr. Jürgen erläutert den Antrag. Die Käthe-Kollwitz-Straße soll für Anlieger und Einkäufer sicherer gemacht werden und mit einem Tempo von 50 km/h sei das nicht gegeben.

Herr Reinelt informiert darüber, dass die Verwaltung das ähnlich sieht. Wenn die Stadtverordnetenversammlung zustimmt, werde man einen Antrag an das Straßenverkehrsamt stellen, das letztendlich entscheidet.

Herr Jurtzik ist dagegen, das Vorhaben direkt an das Straßenverkehrsamt weiter zu leiten und stellt den Antrag im Beschlusstext einen zusätzlichen Satz zu ergänzen: „Das Ergebnis ist bei der Präsentation der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungskonzepts zu berücksichtigen.“

Frau Walbrach hat mit anliegenden Einzelhändlern gesprochen und diese seien nicht dafür. Sie ist sich nicht sicher, ob die Attraktivität mit dem Tempo von 30 km/h zu tun hat, weil Autofahrer sich dann vielleicht andere Wege suchen. Die Straße sei ungünstig gebaut vor allem für Radfahrer, aber um zu beurteilen, ob sie nicht sicher ist, fehlen Unfallstatistiken.

Herr Scheidler erinnert sich daran, dass in der Planungsphase die Buchten als verkehrsberuhigend gewollt waren. Kraftfahrer, die dennoch schneller fahren, werde es immer geben. Er würde nicht auf den Straßenverkehrsplan warten wollen.

Frau Dr. Jürgen ist auch dagegen, auf den Verkehrsentwicklungsplan zu warten; der Beschluss könne mit dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept begründet werden. Die verkehrsberuhigende Bauweise erfülle ihren Zweck nicht so ganz. Autofahrer, die Umwege fahren, seien das Ziel.

Herr Neumann unterstützt den Antrag der LÖS-Fraktion. Städte sollten für Menschen gebaut werden und nicht für fließenden Verkehr. Ähnlich wie bei der Poststraße sei der Straßenaufbau bei langsamem und verantwortungsvollem Fahren kein Problem. Wer sich nicht daran hält, kann nach der Temporeduzierung mit höheren Geldstrafen verwarnt werden. Die Geschäfte bleiben weiter erreichbar und der Verkehrsentwicklungsplan werde kein anderes Ergebnis bringen, da die Käthe-Kollwitz-Straße nicht die Aufgaben einer Haupttangente habe.

Herr Eyssen denkt, dass Radfahrer von der Änderung profitieren werden. Wie breit Autos inzwischen sein würden, habe man bei der damaligen Planung der Straße nicht wissen können.

Herr Krüger unterstützt den Antrag auch im Hinblick auf die Verringerung von Lärm und CO₂-Emission.

Herr Jurtzik bedauert, dass in der Vergangenheit bei Straßenplanungen versäumt worden sei, den Radverkehr vernünftig einzuplanen. Die Argumente sind für ihn nachvollziehbar, aber er spricht sich gegen etliche Einzelanträge aus, die auf subjektiven Ansichten beruhen. Basierend auf Fakten zu Unfallschwerpunkten, Funktionen von Straßen und Arten von Verkehr müsse ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. Vorher sei eine Abstimmung nicht möglich.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs für die Käthe-Kollwitz-Straße mit Tempo 20 oder 30 umzusetzen ist.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1

Zustimmung empfohlen

Herr Gruschka lässt über den Antrag von Herrn Jurtzik abstimmen.

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 5

Antrag angenommen

Herr Reinelt erläutert die Vorlage. Die Berechnung nach Einheitssatz verringert den Abrechnungsaufwand und bringt Planungssicherheit für die Bürger. Im Sanierungsgebiet Auf dem Sande z. B. teilen sich zum Teil zwei Häuser einen Hausanschluss. Nach bestehender Satzung würde einer der Nachbarn für eine Sanierung aufkommen und der andere den Einheitssatz zahlen. Die Änderung dient auch dazu, dieses Unrecht zu verhindern.

Auf Nachfrage von **Herrn Neumann** erklärt **Herr Reinelt**, dass mit „Anzahl“ in der Kalkulation die Anzahl der Hausanschlüsse in der Straße gemeint ist. Zur Berechnung dient aber die Straßenmittlregelung.

Herr Neumann betont, dass die Kosten um 300 Prozent gestiegen sind und fragt, ob der Begriff der „Erneuerung“ eines Anschlusses rechtlich geprüft wurde.

Herr Reinelt bezieht sich auf § 10 Kommunales Abgabengesetz und erklärt, dass es sich um gängige Praxis handelt. Das Tatbestandsmerkmal wird im Bescheid genannt. Natürlich macht es einen Unterschied, ob die Lebensdauer des beschädigten Kanals abgelaufen ist.

Herr Jurtzik kann die 1. Änderung in der Erläuterung nicht nachvollziehen.

Herr Reinelt erklärt, dass es sich um eine richterliche Empfehlung handelt und auch wenn dieser Fall nie auftritt, kann es nur zur Sicherheit beitragen, dies zu übernehmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Luckenwalde über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen für den Anschluss an die öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage und Kostenersatz für die Herstellung von Schmutzwassergrundstücksanschlüssen auf dem Gebiet der Stadt Luckenwalde und dem Gebiet der Gemeinde Nuthe-Urstromtal vom 17.10.2007 (Kanalanschlussbeitragsatzung).

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1

Zustimmung empfohlen

Herr Neumann, Frau Walbrach und **Herr Jurtzik** sind der Meinung, dass aus dem Beschlusstext nicht klar genug hervorgeht, dass es sich zum einen um die Aufhebung des alten Plans und zugleich um die Aufstellung des neuen Plans handelt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen und Belange werden in Kenntnisnahme der Ergebnisse der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belangen untereinander und gegeneinander entsprechend der Anlage beschlossen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Nr. 46/2019 „Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Frankenfelde Nr. 4 Holz-Hollander“ (Anlage 2) wird gebilligt, die

Begründung des Bebauungsplanes „Nr. 46/2019 „Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Frankenfelde Nr. 4 Holz-Hollander“ wird entsprechend der zu berücksichtigten Änderungen ergänzt und korrigiert und in der vorliegenden Fassung (Anlage 3, Entwurf vom 1.2.2021) gebilligt.

3. Der Bebauungsplan Nr. 46/2019 „Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Frankenfelde Nr. 4 Holz-Hollander“ wird in der Fassung vom 1.2.2021 nach § 10 BauGB i.V.m. § 81 BbgBO und § 28 Abs. 2 Nr. 9 BbgKVerf als Satzung beschlossen

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1

Zustimmung empfohlen

TOP 6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 6.1. E-Ladesäulen

Herr Scheidler wiederholt seine Bitte aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und öffentliche Ordnung, die E-Ladesäulen besser zu kennzeichnen und mit Schildern sicher zu stellen, dass dort nur E-Autos parken.

TOP 6.2. Müll

Herr Eyssen ist der Meinung, dass man den Müll in der Stadt mit dem Maerker nicht in den Griff kriegen kann und schlägt vor, dass die Stadt das Einsammeln koordiniert. Der Bürgerbusch als stadteigene Fläche sei sehr verdreckt und auch bei Flächen, die nicht im städtischen Eigentum sind, sollte die Stadt aktiv werden, auf die Eigentümer einwirken, Gespräche suchen. Zum Beispiel das Elsthal sollte stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Er habe sich mit einem Schreiben bereits an die Verwaltung gewandt, aber noch keine Antwort erhalten.

Herr Reinelt ist das Schreiben nicht bekannt. Gemeinsam mit dem Bauhof werde man Maßnahmen festlegen. Die Eigentümer müssen in die Pflicht genommen werden. Jedoch ist gegen die Unvernunft der Leute nicht anzukommen und illegale Müllablagerungen sind auch in anderen Städten ein Problem.

Herr Jurtzik unterstützt das Anliegen. Die Wege im Naherholungsgebiet müssten mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden. Wenn sie erkennbar gepflegt würden, würde dort weniger Müll weggeworfen.

Auch **Frau Dr. Jürgen** sieht das so. Es gehe nicht nur um die großen Müllablagerungen, sondern auch um Verschmutzungen am Wegesrand. Wenn Müll zu lange liegen bleibe, käme weiterer dazu.

TOP 6.3. Glasschaden am Bahnhof

Frau Dr. Jürgen bezieht sich auf eine Anfrage aus der letzten Stadtverordnetenversammlung zu einem Glasschaden am Bahnhof. Sie fragt, wie teuer die Reparatur werde, ob Glas das richtige Material sei und wie man die wiederkehrende Zerstörung vermeiden kann.

Herr Reinelt fragt, ob sie den Schaden an der Überdachung des Fahrradständers meint oder die Fassade der Bibliothek. Bei letzterer handelt es sich um Spezialglas. Eine hiesige

Firma ist an der Reparatur des Spannungsrisses gescheitert, weswegen man sich nun an die Firma gewandt hat, die die Glasscheibe damals angefertigt hat. Es liegt noch kein Angebot vor.

TOP 6.4. Schlagloch

Herr Maetz dankt dem Straßen-, Grünflächen- und Friedhofsamt für die Beseitigung eines großen Schlaglochs in Richtung Kolzenburg.

TOP 6.5. Wellasbest

Herr Lehmann fragt nach einem Gesetz oder einer städtischen Anordnung zum Rückbau von Wellasbest. Der Abrieb bei Wind sei krebserregend und habe zu Todesfällen geführt.

Herr Reinelt antwortet, dass keine Regelung bekannt ist. Es handelt sich um ältere Dächer im Bestand. Beim Rückbau gibt es jedoch Vorschriften zur Entsorgung des Materials.

Herr Gruschka und **Herr Neumann** ergänzen, dass eine Regelung nicht in die Zuständigkeit der Stadt fallen würde.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

keine

TOP 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Um 19:56 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Peter Gruschka
Vorsitzender

Sonja Dirauf
Schriftführerin

13.10 24 31 00